

Die 3. Deutsch-Ukrainische Städtepartnerkonferenz

In einer für die Ukraine hochgradig angespannten Zeit tagte vom 15. bis 17. Dezember 2015 im Roten Rathaus in Berlin die 3. Deutsch-Ukrainische Städtepartnerschaftskonferenz. Nach einer Pause von vier Jahren seit der letzten Begegnung 2011 in Leipzig wurden aktuelle Fragen der Zusammenarbeit diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht und über Formen der strukturellen Stärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit und der Netzworkebildung zwischen den zivilgesellschaftlichen und städtepartnerschaftlichen Akteuren in Deutschland und der Ukraine beraten. Veranstaltet wurde die Konferenz von der Stiftung West-Östliche Begegnung (SWÖB), dem Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften (BDWO), dem Deutsch-Ukrainischen Forum, dem Land Berlin und dem Kiewer Verein Europa-Kontakt. Gefördert wurde die Konferenz vom deutschen Auswärtigen Amt.

Rund 130 Akteure der städtepartnerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit aus etwa 40 deutschen und ukrainischen Partnerstädten wurden am 1. Konferenztag von den Veranstaltern begrüßt. Die Berliner Senatsverwaltung ließ durch den Protokollchef des Landes, Dr. Volker Pellet, Wünsche des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller für ein gutes Gelingen der Konferenz übermitteln, der SWÖB-Vorsitzende Dr. Helmut Domke bot in seiner Begrüßung einen Handlungsfaden für den Konferenzverlauf und deren Zielsetzungen. In den Grußworten des Vertreters des Auswärtigen Amtes Botschafter Andreas Peschke, des ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk, der Vorsitzenden von Europa-Kontakt Kiew, Maria Tsybulenko, des BDWO-Vorsitzenden Peter Franke und des Vorsitzenden des Deutsch-Ukrainischen Forums Prof. Dr. Rainer Lindner wurden

unterschiedliche Akzente gesetzt – da war die Rede von Völkerverständigung und dem Übergang zu einer Außenpolitik der Zivilgesellschaften statt der Staaten, der Wichtigkeit der geplanten Dezentralisierung in der Ukraine für die städtepartnerschaftlichen Beziehungen, die Bedeutung der Jugend für den Ausbau der Beziehungen, aber auch der Gedanke, daß die heutige „Geldkarawane“



in zwei bis drei Jahren weitergezogen sein werde, das teils in Jahrzehnten gewachsene städtepartnerschaftliche und zivilgesellschaftliche Miteinander hoffnungsvollerweise davon profitieren, aber auch dann noch weiter existieren und gelebt werde.

In der folgenden Podiumsdiskussion widmete man sich den „Neuen Impulsen und der Beteiligung der Bürgergesellschaft“. Zu dieser von Dr. Olaf Kühl von der Senatskanzlei geleiteten Diskussion saßen Dr. Bertram von Molke, Referatsleiter im Auswärtigen Amt, Oleg Mirus, Gesandter-Botschaftsrat der Ukraine, Oleksandr Mischtschuk, Koordinator des Fonds „Einigkeit“ aus Luzk, Karl-Eitel John, Fachbereichsleiter Jugend, Familie, Soziales, Kreis Lippe, Andre Winkel vom Partnerschaftsverein Nürnberg-Charkiw, Anatoli Mosgowij vom Nürnberg-Haus Charkiw und Wolodymyr Pogorilyj vom Ukrainischen Verband der Fachleute zur Überwindung psychotraumatischer Störungen auf dem Podium. In der Diskussion kamen unterschiedliche Ebenen zum Tragen, die staatliche, die städtepartnerschaftliche wie auch die zivilge-

sellschaftliche, die auf Partnersuche ist. Während die Städtepartner die Verschiebung von Anforderungen und Aufgaben in den Mittelpunkt stellten – und da sind etwa in der Städtepartnerschaft Nürnberg-Charkiw mit den Flüchtlingsproblemen in der Tat neue Felder zu bearbeiten –, warben sowohl der Gesandte Mirus als auch Pogorilyj für ein Mehr an Unterstützung zur Verteidigung

der Werte des Maidan. Dr. von Molke legte besonderen Wert darauf, daß die auch im nächsten Jahr vom Auswärtigen Amt bereitgestellten Gelder für die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern genutzt werden sollen. In der folgenden Diskussion wurden Fragen gestellt, die die Konferenzteilnehmer die nächsten Tage begleiten sollten, sei es die Frage der Zusammenarbeit mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die generelle Frage des Umgangs mit alten Kräften nach den Lokalwahlen oder der Umgang mit neuen Nichtregierungsorganisationen.

Der 2. Konferenztag begann mit einer Situationsbeschreibung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen. 32 Städtepartnerschaften und 26 Städtefreundschaften gibt es derzeit nach Angaben der Veranstalter, was im Kontrast zu den vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) genannten 40 Städtepaaren unterschiedlicher Qualität steht. Alle Podiumsteilnehmer sprachen darüber, daß Städtepartnerschaften und zivilgesellschaftliche Akteure Säulen

der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit sind, aber sie sprachen auch über neue Schwierigkeiten, neue Hürden, wie auch neue Gestaltungsräume. Dr. Michael Hamalij, Vertreter von der Servicestelle Kommunen in der einen Welt, einer Durchführungsorganisation des BMZ, informierte über den Tags zuvor durchgeführten Runden Tisch deutscher Kommunen, die Städtepartnerschaften mit der Ukraine pflegen. Dem deutschen Runden Tisch soll im Jahre 2016 ein Runder Tisch mit ukrainischen Städten sowie eine Konferenz mit deutschen und ukrainischen Städtepartnern folgen, wobei unklar blieb, wie die zivilgesellschaftlichen Akteure in diese Aktivitäten real einbezogen werden.

Dr. Ilja Seifert, Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes, und Wasil Nasarenko, Vorsitzender des Allukrainischen Verbandes der Behindertenorganisationen, beschäftigten sich auf dem Podium „Kommunen Inklusiv – Zusammenhalt durch Vielfalt und Teilhabe – Nutzen für alle“ mit einem Thema, das grundlegende Menschenrechte betrifft. Die Themen körperliche und geistige Behinderung, allgemeine Teilhabe als mögliches Feld in der kommunalen Zusammenarbeit, Selbsthilfe und Hilfe zur Selbsthilfe waren auch Thema im Welt-Café. Das am Nachmittag mit vier Tischen zu den Themen „Städtepartnerschaften auf Augenhöhe gestalten“, „Verantwortung übernehmen – Jugend gestaltet Städtepartnerschaften“, „Inklusion in Kommunen gestalten, Flüchtlinge und humanitäre Hilfe im Gemeinwesen“ sowie „Bürger und Verwaltung – Partnerschaft für Demokratie und Vielfalt“ stattfand, wobei es jedem Konferenzteilnehmer möglich war, bei drei unterschiedlichen Thementischen mitzudiskutieren.

Das Konferenzprogramm war straff, und so folgte auf die Welt-Café-Tische das Plenum Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten, moderiert von der Geschäftsführerin der SWÖB Monika Tharann, bei dem von Carsten Wilms vom Auswärtigen Amt, Bogdan Miftchatschow von der Klitschko-Stiftung, Evelyn Scheer von der Stiftung Erinnerung, Verantwort-

In Ausgabe 2-3/2015 ist uns ein grober Fehler unterlaufen. Karlsruhes Partnerstadt heißt natürlich Krasnodar.

tion und Zukunft sowie von Katrin Thiem vom Institut für europäische Partnerschaft und internationale Zusammenarbeit über diverse und teils neue Finanzierungskanäle der deutsch-ukrainischen zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit informiert wurde.

Der 3. Konferenztag brachte zunächst Berichte über die Ergebnisse der Welt-Café-Tische. Renate Voigt, von Ukraine-Kontakt Leipzig, zog eine positive Bilanz für den Tisch „Städtepartnerschaften gestalten“. Hier sollten die Städte- und NRO-Partner Einschätzungen für die Zusammenarbeit auf vier Ebenen – Kooperation auf NRO-Ebene, Kooperation zwischen den Verwaltungen, Kooperation zwischen ukrainischer NRO und Stadtverwaltung beziehungsweise deutscher NRO und Stadtverwaltung – geben. Im Prinzip gaben die wechselnden Diskussionsteilnehmer 4 bis 5 Punkte auf einer Skala von 1 bis 5, wobei die Frage im Raum stand, wie man umgeht mit den neu gewählten lokalen Mächten und der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, die sich in letzter Zeit in der Ukraine gegründet haben. Einmütig war die Wertung, daß die Zusammenarbeit dort am intensivsten ist, wo gute persönliche Kontakte und gegenseitiges Vertrauen die Lösung von Problemen erleichtern.

Das Thema „Verantwortung übernehmen – Jugend gestaltet Städtepartnerschaft“ gab laut Moderator Mike Schüssler von Ukraine-Kontakt Leipzig zwiespältige Ergebnisse. Macht man etwas für die Jugend, oder mit der Jugend, oder stellt man die Aufgabe, daß Jugend selbst gestaltet und damit zugleich das Nachwuchsproblem von Städtepartnerschafts- und bürgergesellschaftlichen Vereinen gelöst wird. Es stellte sich heraus, daß die Partnerschaftsvereine hier nach wie vor auf der Suche sind. Natürlich gibt es zahlreiche konkrete Projektmöglichkeiten, darunter in Fragen der Bildung, der Geschichte, der Stadtentwicklung, in wissenschaftlichen Räumen, dem Umweltschutz. Positiv hervorgehoben wurde die Wirkung von Jugendparlamenten. Von deutscher Seite scheint eher

der Motivationsgedanke wichtig, aber Antworten darauf, wie man die deutsche Jugend in den deutsch-ukrainischen Austausch motiviert, fehlen bislang noch. Und dann steht natürlich auch die Frage im Raum, ob das, was die deutsche und die ukrainische Jugend über diverse Netzwerke aufbaut, kompatibel ist mit dem, was „tradierte“ deutsch-ukrainische zivilgesellschaftliche beziehungsweise städtepartnerschaftliche Beziehungen auszeichnet. Insgesamt kam man zu dem Schluß, daß der Aspekt des interkulturellen Lernens an Bedeutung gewinnt und das Erlernen von Demokratie – die eigene Stimme



einbringen – ein weites Feld bietet. Positive Erfahrungen seien von deutscher Seite mit trilateralen Projekten gemacht worden und man hier die ukrainischen Partner stärker einbinden müsse, auch das ein Fazit.

Der Inklusions-Tisch, dessen Ergebnisse von Ilja Seifert präsentiert wurden, verwies auf bekannte Probleme und warb für den „Nutzen-für-alle“-Gedanken. Es waren sehr konkrete Vorschläge, wie etwa ein städtepartnerschaftliches Modellprojekt der Inklusion zu entwickeln und auszuprobieren, die zerstörten Städte in der Ukraine barrierefrei wieder aufzubauen, die örtlichen Behindertenorganisationen zusammenzubringen, die Notwendigkeit der inklusiven Beschulung von Kindern und der entsprechenden Vorbereitung der Pädagogen darauf, Selbsthilfeta-ge zu organisieren, eigene zivilgesellschaftliche Systeme aufzubauen, individuelle Fähigkeiten

von Behinderten zu erkennen und zu entwickeln, gemeinsame Reisen von Menschen mit und ohne Behinderungen zu organisieren, Netzwerke unter Einschluß von Selbsthilfeorganisationen zu bilden, gegen die Entmündigungspolitik zu arbeiten und dafür zu streiten, daß Kinder mit Behinderungen in ihren Familien groß werden können.

Beim Tisch „Bürger und Verwaltung“ wurde, wie von Andre Winkel dargelegt, über die Problematik des oft stark personenbezogenen Systems der Zusammenarbeit diskutiert. Denn, sobald eine engagierte Person in den Stadtverwaltungen andere

Spary vom Deutsch-Ukrainischen Forum an einen Tisch. .

Auf die lebhafteste Abschlusdiskussion mit vielen Anregungen folgte eine kurze Zusammenfassung der Konferenztage von Dr. Helmut Domke. Er hob hervor, daß die Städtepartnerschaften zwischen der Ukraine und Deutschland lebendig seien. Die nächste Konferenz dürfe auf keinen Fall erst in vier Jahren stattfinden, sondern idealerweise in zwei, spätestens drei Jahren. Man solle überlegen, einen Arbeitskreis Ukraine zu bilden. An die Politik ging die Aufforderung, die Förderkriterien noch einmal kritisch zu überprüfen, da die Städ-

Aufgaben übernimmt, sterbe häufig auch das Projekt. Allseits wurde bedauert, daß es in der Ukraine an einer zentralen Informationsstelle fehlt, hier gibt es die Anregung, eine Internetplattform einzurichten, die der Vernetzung der Bürger und Initiativen dienen soll. Betont wurde, daß gute Kontakte der Partnerschaftsvereine zum Stadtrat die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung erleichtern. Kritisch betrachtet wurde das Herangehen, deutsche Vereinsstrukturen in die Ukraine zu transferieren beziehungsweise selbst einen Verein von deutscher Seite aus zu gründen.

Die Plenumsdiskussion zum Thema „Welche Strukturen brauchen wir“ brachte, moderiert vom BDWO-Vorsitzenden Peter Franke, Dr. Konstantin Kotsas von der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, Jochen Rummenhüller vom Deutschen Bundesjugendring und Dr. Peter

tepartnerschaften von der Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen und Nichtregierungsorganisationen leben. Angenommen wurde eine Erklärung zur Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Dr. Gernot Eler, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den OSZE-Vorsitz 2016, widmete sich in seinem abschließenden Vortrag der Rolle der OSZE im Ukraine-Konflikt, der Situation vor dem deutschen Vorsitz und was von diesem zu erwarten ist sowie der Bedeutung von Städtepartnerschaften und Zivilgesellschaften für die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

**Britta Wollenweber,
 Redakteurin, Berlin**

BDWO, Friedrichstr. 176-179, Zimmer
 618, 10117 Berlin
 Tel.: 030/20455120, Fax: 030/20455118
 e-mail: info@bdwo.de
 www.bdwo.de
 www.facebook.com/bdwo.de